

# Gezerre um den Mittelstand

Bei einem Ja zur Prämien-Initiative müsste die Mehrwertsteuer kräftig erhöht werden, warnen die Gegner. Die Sozialdemokraten widersprechen.

Maja Briner

BERN. Mit einem kurzen Sätzchen wischt die SP die Milliardenfrage jeweils vom Tisch. Die Prämientlastungsinitiative verursacht «keinen Franken Mehrkosten», sagt sie. Die Kosten seien schon da, und zwar bei der Bevölkerung, die nun – endlich! – entlastet werden müsse. Wie der Ausbau der Prämienverbilligung finanziert werden soll: Dazu steht im Initiativtext nichts, so wie schon bei der Initiative für eine 13. AHV-Rente.

«Einmal mehr bringt die Linke eine Vorlage, bei der die Finanzierung nicht geregelt ist», kritisiert der Urner FDP-Ständerat Josef Dittli. «Ein Ja wäre ein finanzpolitisches Desaster.» Dittli ist Co-Präsident des Komitees gegen die Prämien- und die Kostenbremse-Initiativen, die am 9. Juni an die Urne kommen.

Die Prämien-Initiative fordert, dass die Versicherten höchstens 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Prämien aufwenden müssen. Das würde den Mittelstand entlasten, sagen die Befürworter. Die Gegner hingegen warnen vor zusätzlichen Kosten – gerade auch für den Mittelstand.

Das Nein-Komitee hat der Initiative ein knalliges Preisschild verpasst: 1200 Franken pro Haushalt und Jahr. Die Zahl suggeriert Genauigkeit, basiert allerdings gezwungenermassen auf mehreren Annahmen, auch wenn sie sich auf die offizielle Schätzung des Bundes stützt. Denn schon dort beginnen die Unsicherheiten: Wie hoch die Kosten ausfallen, würde davon abhängen, wie das Parlament die Initiative umsetzt – beispielsweise, wie es die massgebende Prämie definiert.

Unbekannt ist weiter, wie stark die Gesundheitskosten steigen. Der Bund hat zwei Szenarien durchgerechnet und gibt für seine Schätzung eine Bandbreite an. Für das Jahr 2030 schätzt er die Mehrkosten auf 8,2 Milliarden Franken, wobei es im besten Fall «nur» 7 Milliarden und im schlechtesten Fall 11,7 Milliarden Franken wären. Für den Bund bedeuteten dies Mehrkosten von zwischen 5,8 und 9 Milliarden Franken; der Rest ginge zulasten der Kantone.

Für ihr 1200-Franken-Preisschild gehen die Gegner erstens davon aus, dass sich die Mehrkosten für den Bund auf 9 Milliarden Franken belaufen. Zweitens rechnen sie damit, dass diese Ausgaben vollumfänglich über die Mehrwertsteuer gegenfinanziert würden, wozu diese um 2,3 Prozent erhöht werden müsste. Das würde einen durchschnittlichen Haushalt um 1179 Franken belasten, wie die Eidgenössische Steuerverwal-



tung schätzt. Aufgerundet gibt das die erwähnten 1200 Franken.

Die Berechnung beruht also auf der Maximalschätzung des Bundes von 9 Milliarden Franken für das Jahr 2030. Eine Übertreibung? Nein, sagt FDP-Ständerat Dittli. «Man muss dem Volk sagen, was ihm blühen könnte.» Und selbst falls die Kosten an der unteren Bandbreite wären, sei der Betrag immer noch bedeutend. «Das tut gerade dem Mittelstand weh.»

Dass die Mehrwertsteuer bei Annahme der Initiative erhöht werden müsste, ist für Dittli klar. Die Finanzlage des Bundes ist bereits angespannt, in den nächsten Jahren drohen Defizite von drei bis vier Milliarden Franken, hinzu kommt der Bundesanteil an der 13. AHV-Rente von rund einer Milliarde Franken. Den Haushalt ins Lot zu bringen, ist bereits jetzt mehr als knifflig. Daher bliebe bei Annahme der Initiative nur der Weg über eine Steuererhöhung, sagt Dittli.

**Die SP wärmt alte Ideen wieder auf**

Die SP stellt sich indes gegen eine Mehrwertsteuererhöhung. «Für die finanzielle Beteiligung des Bundes wird das Parlament eine Lösung finden, die den Mittelstand nicht be-

**Die Gesundheitskosten steigen – und mit ihnen auch die Prämien.**

BILD SANDRA ARDIZZONE

lastet», sagt SP-Sprecher Nicolas Haesler. Das heisst auch: keine Erhöhung der Mehrwertsteuer. Die SP sei offen für Ideen wie eine Finanztransaktionssteuer oder eine höhere Gewinnsteuer für grosse Unternehmen, «wie sie aktuell von Mitte- und FDP-Vertretern in die Diskussion eingebracht werden».

Beide Vorschläge wurden allerdings nicht mit Bezug zur Prämien-Initiative gemacht. Die Finanztransaktionssteuer warf Mitte-Ständerat Beat Rieder zur Finanzierung der AHV ein, wobei es Zweifel an der Umsetzbarkeit gibt. Eine höhere Gewinnsteuer für Unternehmen schlug FDP-Nationalrat und Ypsomed-CEO Simon Michel zur Finanzierung der Armee vor. FDP-Ständerat Dittli hält die beiden Vorschläge für Luftschlösser. Sie seien nicht mehrheitsfähig oder hätten zu viele Nachteile, kurz: nicht realistisch, sagt er.

Welche Lösung zum Zug käme, müsste das Parlament entscheiden, wenn die Initiative angenommen würde. Auch die Kantone müssten schauen, wie sie die Mehrkosten schultern. Klar ist: Beim Bund sind Einsparungen in dieser Grössenordnung illusorisch, Mehreinnahmen wären also nötig. Einfach wäre das nicht, wie sich gerade bei der 13. AHV-Rente zeigt.

## 10 Millionen Franken für UNRWA

BERN. Der Bundesrat will dem umstrittenen Uno-Palästinenserhilfswerk UNRWA einen Beitrag von 10 Millionen Franken zahlen. Die Geldtranche soll auf Gaza beschränkt werden und die dringendsten Lebensbedürfnisse der notleidenden Bevölkerung finanzieren, wie der Bundesrat am Mittwoch mitteilte.

Der Bundesrat anerkenne die Notlage in Gaza, teilte die Landesregierung mit. In dem dicht besiedelten Küstengebiet am östlichen Mittelmeer seien 2,3 Millionen Menschen auf Nothilfe angewiesen. Die Uno warne vor einer Hungersnot. Der neue Nothilfaufruf der UNRWA für Gaza von Ende April belaufe sich auf rund eine Milliarde Franken.

Das Hilfswerk ist allerdings umstritten, mehrere Staaten stellten im Januar ihre Zahlungen vorübergehend ein. Es gab Vorwürfe, in Schulen der UNRWA in den Palästinensergebieten werde gegen Israel gehetzt und es würden Terroranschläge verherrlicht. Die israelische Regierung beschuldigte das Uno-Hilfswerk zudem, mehrere seiner Mitarbeiter seien in das Massaker der Hamas vom 7. Oktober 2023 verwickelt.

Eine Uno-Untersuchung ergab, dass das Hilfswerk seine Neutralität im Grossen und Ganzen gut wahre, aber Verbesserungen nötig seien. Der Bericht gab 50 Empfehlungen ab, um die Neutralität der Organisation zu stärken, insbesondere in den Bereichen Kommunikation, Unterrichtsmaterialien und Nutzung der Einrichtungen.

**Andere Geldgeber zahlen wieder**

Der Bundesrat stützt sich laut eigenen Angaben bei seinem Entscheid, Geld nun an die UNRWA freizugeben, auf eine Analyse des Uno-Berichts sowie auf die Absprache mit anderen Geldgebern. Zahlreiche von ihnen hatten die Zahlungen inzwischen wieder aufgenommen. Der Bundesrat will – wie vom Parlament gewünscht – vor der definitiven Freigabe des Geldes noch die Aussenpolitischen Kommissionen der eidgenössischen Räte konsultieren.

Der Beitrag von 10 Millionen Franken wird den Angaben zufolge auf Gaza beschränkt. Er soll der Finanzierung der dringendsten Lebensbedürfnisse der Menschen in dem Gebiet dienen. (sda)

## Verletzte und Toter nach Lawine am Oeschinensee BE

BERN. Bei einem Lawinnenniedergang bei Kandersteg im Berner Oberland ist ein Mann ums Leben gekommen, vier weitere Menschen wurden laut Polizei verletzt. Sie wurden ins Spital gebracht. Die Nassschneelawine hatte sich am Donnerstagmittag oberhalb des Oeschinensees gelöst.

Beim Verstorbenen handelt es sich um einen 32-jährigen im Kanton Waadt wohnhaften Franzosen, wie die Kantonspolizei Bern am Donnerstagabend mitteilte. Um 14.01 Uhr sei die Meldung eingegangen, wonach oberhalb des Oeschinensees Lawinen niedergegangen waren.

Im Einsatz standen drei Rega-Helikopter, die Alpine Rettung Schweiz, ein ziviler Helikopter, Lawinenspürhunde, Gebirgsspezialisten sowie weitere Dienste der Kantonspolizei Bern.

Mit dem neuesten Opfer von Kandersteg am Donnerstag stieg die Zahl der Todesopfer durch Lawinen auf 20, die im sogenannten hydrologischen Jahr 2023/24 des WSL-Instituts für Schnee- und Lawinenforschung SLF der ETH Zürich gemessen wurden. Dieses hydrologische Jahr dauert vom 1. Oktober 2023 bis 30. September 2024. (sda)

## Pflegepersonal soll weniger arbeiten

Nach Ja zur Pflegeinitiative: Bundesrat will Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern.

Samuel Thomi

BERN. Vor zweieinhalb Jahren haben Volk und Stände die Pflegeinitiative angenommen. Bereits kurz darauf machte der Bundesrat klar, dass er deren Forderungen in zwei Etappen umsetzen will. Die erste Etappe beinhaltet eine Ausbildungsoffensive. Diese wird offiziell am 1. Juli gestartet werden und ist vorerst auf acht Jahre befristet. Kostenpunkt für Bund und Kantone: insgesamt fast eine Milliarde Franken in den kommenden acht Jahren. Mit diesen Massnahmen sollen mehr Pflegefachpersonen ausgebildet werden:

- Die Kantone unterstützen Spitäler, Pflegeheime und Spitexorganisationen finanziell, wenn sie praktische Ausbildungsplätze für diplomierte Pflegefachkräfte anbieten.

- Personen, die eine Pflegeausbildung an einer Fachhochschule oder höheren Fachschule absolvieren, können bei Bedarf von ihrem Kanton finanziell unterstützt werden.

- Fachhochschulen und höhere Fachschulen erhalten Zuschüsse, um zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen.

Gelder, welche die Kantone im Rahmen der Ausbildungsinitiative in der Pflege ausgeben, können sie hernach hälftig vom Bund zurückfordern. Wie Anne Lévy, Direktorin des Bundesamts für Gesundheit, am Mittwoch vor den Medien erklärte, seien Bund und Kantone bereit zur Umsetzung der anstehenden ersten Etappe.

Im Zentrum der zweiten Etappe zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen stehen. Am Mittwoch hat Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider deren Eckpfeiler vorgestellt. Das übergeordnete Ziel sei es, den in der Pflege tätigen Menschen die ihnen zustehende Wertschätzung wieder zuzugestehen, sagte Baume-Schneider.

**Tiefere Höchst Arbeitszeit**

Um die Arbeitsbedingungen in der Pflege zu verbessern und die Zahl der frühzeitigen Berufsaustritte zu senken, schlägt der Bundesrat ein neues Bundesgesetz über die Arbeitsbedingungen in der Pflege vor. Dieses Massnahmenpaket schickt er nun in die Vernehmlassung.

- Dienstpläne in der Pflege sollen künftig mindestens vier Wochen im Voraus stehen. Werden Arbeitseinsätze danach

angepasst oder neu eingeplant, erhalten Arbeitnehmende dafür einen Zuschlag.

- Die Reduktion der wöchentlichen Höchst Arbeitszeit von 50 auf 45 Stunden und eine wöchentliche Normalarbeitszeit von 38 bis 42 Stunden soll die Gesundheit der Pflegenden schützen. Derzeit gibt es keine national geregelte Normalarbeitszeit.

- Der Bundesrat möchte die Sozialpartner verpflichten, Gespräche über darüber hinausgehende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen aufzunehmen.

Der Bundesrat schickt zwei Varianten in die Vernehmlassung. Die erste sieht vor, dass in Gesamtarbeitsverträgen (GAV) auch von den neuen Bundesvorgaben abgewichen werden darf. In der zweiten dürften nationale Vorgaben nicht unterschritten werden. Zudem sollen die beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten in der Pflege verbessert werden. Dies, indem der Masterabschluss und das Berufsprofil der Pflegeexpertinnen auf Bundesebene geregelt werden. Weil aktuell noch zu vieles unklar sei bezüglich der dereinstigen Umsetzung, will sich der Bundesrat noch nicht zu den Kosten der zweiten Etappe äussern.

## Bei Brand in Gossau SG sind rund 800 Schweine verendet

GOSSAU. Beim Grossbrand in einem Schweinezuchtbetrieb in Gossau SG vom Mittwochabend sind rund 800 Schweine verendet. Dies teilte die Kantonspolizei St. Gallen am Donnerstagmorgen mit. Rund 90 Mutter Schweine und 600 Ferkel konnten gerettet werden.

Vom Brand betroffen waren zwei Ställe mit insgesamt 1500 Schweinen. In dem einen Stall sind alle Tiere verendet. Der andere konnte vom Feuer geschützt werden, war jedoch laut Mitteilung lange Zeit sehr grosser Rauchentwicklung ausgesetzt.

Die 90 Mutterschweine und 600 Ferkel hätten dank maschineller Frischluftzufuhr gerettet werden können, schreibt die Polizei.

Die Feuerwehr war am Mittwoch um 17.10 Uhr ausgerückt. Sie vermutete, dass der Brand vom grösseren der beiden Ställe ausging. Dieser Stall ist komplett ausgebrannt und das Dach ist eingestürzt.

Das Feuer war bereits ab 18 Uhr unter Kontrolle. Allerdings dauerten die Löscharbeiten am Abend noch längere Zeit an, während die Feuerwehr mit den Abbrucharbeiten beschäftigt war. (sda)